



Februar 2018

**SPEZIAL
OB-Wahl
2018**

Winterbrief

von Bettina M.

Wiesmann MdB

Bundestagsabgeordnete

im Wahlkreis 183

Frankfurt am Main

Norden | Osten | Süden



CDU

Editorial

Seite 2

Masterplan
Schule

Seite 4

Nachmittags-
betreuung

Seite 6

Vor Ort

Seite 7



Liebe Freunde und Mitstreiter,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem Scheitern der Gespräche zu einem Jamaica-Bündnis, das ich mir als „neue“ Richtungs-koalition sehr gewünscht hätte, hat die Union mit der SPD sondiert und ein beachtliches Ergebnis erzielt. Damit wird eine weitere Große Koalition möglich, seit dem 21. Januar von einer knappen SPD-Parteitagsmehrheit auch gewünscht, aber noch nicht erreicht. Es muss ein konkreter Koalitionsvertrag auf den Tisch, die SPD wird dazu ihre Mitglieder befragen, und auch wir werden auf einem Parteitag darüber entscheiden.

Dieser Prozess ist nach Monaten der Sondierung zeitraubend und deutet auf eine eklatante Führungsschwäche in der SPD hin. Vor allem der geplante Mitgliederentscheid sollte uns zu denken geben. Klar: Ohne lebendige Parteien lebt auch unsere parlamentarische Demokratie nicht wirklich, und die Rückkoppelung mit der Basis in wichtigen Fragen gehört dazu. Aber Diskussionen über Wochen und Monate hinzuziehen und am Ende über die Regierungsbildung in Deutschland an den Küchentischen der SPD-Mitglieder befinden zu lassen, geht zu weit.

Inhaltlich sollte für uns das Sondierungsergebnis bestimmend bleiben – ein Kompromiss auf der Grund-

lage beiderseitigen Entgegenkommens. Gute Gründe, im Sinne der SPD noch substanziell nachzubessern, sehe ich nicht. Wir haben eine große Verantwortung, eine Regierung zum Wohle unseres Landes und nicht zu seinem Schaden zu bilden; diese Verantwortungsgrenze wurde bisher eingehalten und muss uns weiter leiten.

Sollte die GroKo doch nicht zustande kommen, halte ich eine Phase der Minderheitsregierung für denkbar, zumal unsere Verfassung den Weg zu Neuwahlen mit hohen Hürden versehen hat. CDU-Positionen und -Vorschläge würden in der parlamentarischen Diskussion klarer erkennbar, neue Konstellationen sich durch die Praxis herausbilden. Aber auch rasche Neuwahlen müssen wir nicht fürchten, standen und stehen wir doch bereit, für unser Land in einer bürgerlich geprägten Regierung für Zusammenhalt, Leistungskraft, Sicherheit und Verlässlichkeit im europäischen wie transatlantischen Verbund Verantwortung zu übernehmen.

Die Parlamentsarbeit nimmt indessen an Fahrt auf, Anfragen, Anträge und Initiativen sind zu behandeln, darunter die Verlängerung der Bundeswehreinsätze außerhalb des NATO-Gebiets, die Bekämpfung des Antisemitismus, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Fall Amri oder die Regelung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte.

Markant sind die ersten Erfahrungen mit den Abgeordneten der AfD, die über weite Teile einen provokant-aggressiven, deutschümelnden Ton pflegen. Es muss uns gelingen, sie in den Sachdebatten mit Argumenten auszustechen und ihre Masche, berechnigte Sachthemen für ihre ideologischen Anliegen zu vereinnahmen, zu entlarven. Die Debatten über die Diätenerhöhungen und zur Sicherheit von Frauen in Deutschland zeigten eindrucksvoll, wie das gelingt.

In meiner persönlichen parlamentarischen Arbeit freue ich mich, mich auch im Bundestag für eine Familienpolitik engagieren zu dürfen, bei der Familien im Mittelpunkt stehen, und mir darüber hinaus in der Verteidigungs- und Finanzpolitik neue Wirkungsfelder zu erschließen.

Im Januar 2018, herzlichst

Bettina M. Wiesmann

Dr. Bernadette Weyland: Frankfurt hat Besseres verdient!

Am 25. Februar wählt Frankfurt ein neues Stadtoberhaupt. Ich kandidiere als Oberbürgermeisterin, weil ich von dieser Stadt und ihren Menschen überzeugt bin. Und weil ich weiß, dass in Frankfurt vieles besser werden muss! Unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen und ich werde mutig und entschlossen vorangehen: Wir müssen unsere Schulen fit für die Zukunft machen, damit unsere Kinder einen guten Start ins Leben haben. Wir brauchen ausreichend Betreuungsplätze, damit Familie und Beruf endlich für alle vereinbar sind. Wir müssen mehr und vor allem bezahlbaren Wohnraum schaffen, damit sich auch der Normalverdiener das Leben in unserer Stadt leisten kann. Sicherheit und Sauberkeit mache ich wieder zur Chefsache. Frankfurt verdient ein Stadtoberhaupt, das die Missstände tatsächlich anpackt. Ich werde unserer Stadt national und international wieder Ansehen verschaffen, die Wirtschaft als Grundlage unseres Wohlstands stärken und mich um die Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger kümmern.

Ihre Bernadette Weyland



Für bezahlbaren Wohnraum und ein mobiles Frankfurt

Die Schaffung von mehr und bezahlbarem Wohnraum ist eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre. Dabei lässt sich die Wohnungsproblematik nur im Rhein-Main-Verbund lösen, denn im Umland liegen viele fürs Wohnen ausgewiesene Areale brach. Gleichzeitig müssen wir dem Thema „Verkehr“ mehr Beachtung schenken. Investitionen in den Ausbau und die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, die Förderung des Fahrradverkehrs und der E-Mobilität sowie ein besseres Baustellenmanagement sind dringende Aufgaben. Stundenlange Staus lähmen die Stadt, belasten die Umwelt und schaden der Wirtschaft.

Für ein sicheres und sauberes Frankfurt

Urbanität, Toleranz und das Erleben unserer Stadt mit ihren Plätzen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen kann nur gelingen, wenn die Menschen frei von Angst um ihre persönliche Sicherheit sind. Ein sauberes und sicheres Frankfurt, Verständnis

füreinander und gegenseitige Rücksichtnahme sind die Grundvoraussetzungen dafür, dass wir alle in Vielfalt in unserer Stadt leben und arbeiten können. Besonders Frauen, Kinder und ältere Menschen sind darauf angewiesen, dass sie sich sorgenfrei in unserer Stadt bewegen können.



Dr. Bernadette Weyland: Seit 2006 als Stadt- und Landespolitikerin in stetem Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Masterplan für Frankfurts Schulen

Damit Frankfurter Kinder endlich wieder in einer zukunftstauglichen Umgebung nach ihren Begabungen und Neigungen lernen können!

Von Dr. Bernadette Weyland, Bettina M. Wiesmann und Sara Steinhardt

Ohne ein leistungsfähiges und attraktives Schulsystem kann Frankfurt seine Aufgabe als Stadt des Wissens, der Innovation und hohen Produktivität nicht behaupten. Es braucht eine Gesamtstrategie, einen Masterplan für die Frankfurter Schulen und ein Finanzvolumen von rund einer Milliarde Euro bis 2023. Die wichtigsten Maßnahmen:

1. 105% Schulplätze für Frankfurter Kinder auf Basis einer belastbaren Schulentwicklungsplanung

Es muss endlich eine **verlässliche Zahlengrundlage** für den Gesamtbedarf an Frankfurter Schulplätzen nach Bildungsgängen bis 2030 erstellt werden, inklusive Korridor für unvorhergesehenen Zuzug oder Geburtenanstieg. Dazu ein Abgleich mit den verfügbaren Plätzen, der auch G9-Gymnasien, Klassenreduzierung an IGSen, Ersatzschulen und Erweiterungspotenziale bestehender Schulen einbezieht. Wenn das Stadtschulamt mit der Erarbeitung dieser Planungsgrundlage überfordert ist, muss **extern beauftragt** werden. Weiterer Verzug kann nicht hingenommen werden.

Ein Puffer von 5% mehr Schulplätzen gegenüber dem ermittelten Bedarf erlaubt bei Grundschulen Quereinstiege, Früh- und Spätereinschulungen oder Gestaltungsanträge für bilinguale Klassen. Bei weiterführenden Schulen geht es um echte Wahlfreiheit: eine Schulwahl nach den individuellen Begabungen, Neigungen und Wünschen der Kinder. Auch Schulwechsler oder Quereinsteiger in höheren Jahrgängen müssen eine passende Schule finden können.

Übergangsweise sollte die Zusammenarbeit mit angrenzenden Schulträgerbezirken gesucht sowie leerstehender Büroraum oder ungenutzte öffentliche Funktionsbauten herangezogen werden.

2. Schulvielfalt schon ab der Grundschule. Für jeden Gymnasialplatz ein Platz in einem Haupt- oder Realschulbildungsgang.

Frankfurt ist die internationalste Stadt Deutschlands. **Bilinguale Angebote und internationale Schulen** sollten ausgebaut werden – auch in Kita und Grundschulen, den Schmelztiegeln unserer Gesellschaft.

Der übertriebene Fokus Gymnasium oder IGS muss beendet werden! Denn **Haupt- und Realschulen** sind unersetzlich für die Ausbildungsfähigkeit unserer Ju-

gendlichen. Die reinen Realschulen sind auszubauen sowie Haupt- und Realschulen als praxisorientierte Mittelstufenschulen, wie in Fechenheim angestrebt und vielerorts erfolgreich.

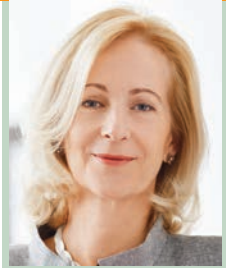
Freie Träger sollten zu Schulgründungen in Frankfurt ermutigt werden. Die Metropole ist die einzige Großstadt in Deutschland, in der weder die evangelische noch die katholische Kirche Grund- oder weiterführende Schulen unterhalten. Die große Tradition dieser beiden Schulträger hat im III. Reich einen jähen Abriss gefunden, den es zu heilen gilt. Hier könnten überschaubare Schulen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen oder Interessenschwerpunkten entstehen, die zudem innovative Schulkonzepte entwickeln können.

3. Ein stadtweites Netz zur Schulbusbeförderung für Schüler der Klassen 5, 6 und 7 in der Übergangszeit

Für Schüler der **Klassen 5 bis 7** mit einem Schulweg von über 30 Minuten soll während der Ausbauphase ein **stadtweites Netz zur Schulbusbeförderung** ohne Umsteigen eingerichtet werden. Auch die noch nicht so gut angebundenen Schulen sollen stressfrei aus dem gesamten Stadtgebiet erreicht werden können.

4. Digitale Zukunft: Medienkompetenz und Medienmündigkeit als Bildungsschwerpunkt

Frankfurts Schulen sind informationstechnisch unterschiedlich ausgestattet, es gibt kein schlüssiges technisch und pädagogisch abgestimmtes digitales Gesamtkonzept – erstaunlich für einen führenden europäischen Internet- und Wissensstandort! In Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium soll ein Digitalkonzept entstehen, das die pädagogischen und technischen Voraussetzungen für **Medienkompetenz und Medienmündigkeit** der Schüler schafft. Die Bildungs-Enquête des Landtags hat ergeben: Es braucht eine **altersgerechte Begleitung und Anleitung der Kinder** in der Nutzung digitaler Medien. Kompetente Pädagogen, eine **sachgemäße Ausstattung** (PC in der Grundschule, Smartboards in weiterführenden Schulen, funktionierende Wartung) und ein **gesichertes Schulnetz** („Frankfurt Cloud“) sind dafür unabdingbar.



Dr. Bernadette Weyland
OB-Kandidatin der
CDU



Bettina M. Wiesmann
Bundestagsabgeordnete
Frankfurt II



Sara Steinhardt
Vors. Fachausschuss
Bildung der CDU

5. Kindgerechtes Sanitärkonzept an allen Frankfurter Schulen

Frankfurt ist das Toilettendrama leid! Es braucht einen kindgerechten Ansatz, um die unzumutbaren Zustände an den Schultoiletten zu beenden. Das städtische **Toilettensanierungsprogramm ist zu beschleunigen, die Ausstattung und Reinigung zu verbessern** und durch eine Erziehungsoffensive zu ergänzen:

- Alle Sanitäreinrichtungen erhalten Toilettenpapier und -bürsten, warmes Wasser, Seife und Trocknungsmöglichkeiten.
- Schüler, Lehrer und Eltern werden an der Gestaltung neuer Anlagen beteiligt, um eine höhere Verantwortung für „ihre“ Schule zu erzielen.
- Die Reinigung wird häufiger sowie über die Zeit der tatsächlichen Gebäudenutzung durchgeführt und kontrolliert.
- Jede Schule entwickelt einen **Verhaltenskodex**, der in die Selbstverpflichtung der Schüler mündet, sanitäre Einrichtungen sauber zu halten. Eltern verpflichten sich, ihre Kinder auf die Bedeutung von Hygiene hinzuweisen und einen pfleglichen Umgang mit den Einrichtungen einzufordern.
- Ältere Schüler („**Toilettenscouts**“), unterstützt von Schulhausverwalter und Pädagogen, sichern die **Einhaltung des Kodex**, Übeltäter werden zur Verantwortung gezogen, Eltern können sich beteiligen.

6. Neuausrichtung der Hausmeisterservices vor Ort

Unter Einbeziehung von Lehrern, Schülern und Eltern wird eine spezifische **Aufgabenbeschreibung des Vor-Ort-Services** entwickelt, die allgemeine Pflege zur Substanzerhaltung, Wartung elektronischer Anlagen sowie Kontrolle von Sanitär- und Mensaeinrichtungen enthält. Eine **verlässliche Präsenz vor Ort** wird durch eine Rufbereitschaft in Randzeiten erreicht. Der Hausmeisterservice wird durch ein **zentrales Management-System** unterstützt.

7. Attraktive Bedingungen für neue Frankfurter Lehrkräfte: Sonderzugang zu städtischen Wohnungen

Ein Grund für personell unterversorgte Schulen ist die Schwierigkeit, alle landesseitig bereitgestellten Lehrerstellen tatsächlich zu besetzen, weil vielen Interessenten die Lebenshaltungskosten in Frankfurt zu hoch sind. Um diese Hürde zu senken, soll **zuziehenden Pädagogen ein besonderer Zugang zu stadt eigenen Wohnungen** eröffnet werden. Dies soll **auch für Erzieher/Erzieherinnen** gelten.

8. Mehr Personal für Schulen mit hoher Integrations- und Förderleistung

Das Land Hessen hat seit 2015 im Rahmen der Aktionspläne für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt mehrere Tausend zusätzlicher Lehrerstellen an die Schulen gebracht und mit dem Sozial- und dem Integrationsindex gute Instrumente zur Stellenverteilung geschaffen. Zusätzlich kommen jetzt 700 weitere Stellen für Schulsozialarbeit an hessische Schulen.

Frankfurt als größte hessische Stadt hat die größten Herausforderungen zu stemmen, zu denen das Engagement der Stadt als „Modellregion Inklusion“ zusätzlich beiträgt. Schulen und Schulklassen sind randvoll und, besonders die Grundschulen, höchst heterogen. Deshalb sollten **mehr Stellen als bisher über den Sozial- und den Integrationsindex** zugewiesen und vor allem die in der Stadtpolitik gern vergessenen reinen Realschulen, Haupt- und Realschulen sowie Grund-, Haupt- und Realschulen besonders berücksichtigt werden. **Sprachfördermaßnahmen sollen nach Beendigung der Intensivförderung** bei Bedarf begleitend zum Regelunterricht fortgesetzt werden. Schließlich soll die Förderung von Kindern mit Behinderungen und Beeinträchtigungen an allgemeinbildenden und an Förderschulen durch weiter verbesserte Lehrerzuweisung gestärkt werden; beide Förderorte wollen wir erhalten und auch räumlich entsprechend ihren Aufgaben besser ausstatten.

9. Fokus der Lehrerbildung auf Medienbildung und Integration

Ohne hervorragend vorbereitete Lehrkräfte nutzt alles andere nichts! Die **Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung** sollte in zwei Bereichen dringlich weiterentwickelt werden: im Hinblick auf Medienkompetenz und Medienmündigkeit und in Bezug auf die Unterrichtung von Kindern und Jugendlichen mit nichtdeutschem Hintergrund.

Grundschul Kinder endlich flexibel und verlässlich betreuen!

Familien mit Kindern im Grundschulalter brauchen einen gesetzlichen Anspruch auf Nachmittagsangebote für den tatsächlichen Bedarf, und zwar jetzt!

Von Dr. Katja Leikert MdB und Bettina M. Wiesmann MdB · FR vom 8.1.2018

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf scheidet auch heute noch oft an Betreuungsdefiziten. Daher ist das politische Ziel eines Rechtsanspruchs auf Betreuung im Grundschulalter im Sinne der Wahlfreiheit ein Schritt in die richtige Richtung. Aus einem Angebot sollte aber keine Pflicht für alle werden. Dafür gibt es gute Gründe.

Nicht einmal ein Viertel aller Eltern will für ihre Kinder eine verpflichtende Ganztagschule mit 40-Stunden-Woche, und dies sogar mit deutlich fallender Tendenz, wie die JAKO-O-Bildungsstudie 2017 feststellt. Dennoch ist gegenwärtig viel von einem angeblich notwendigen flächendeckenden Ausbau von Pflichtganztagschulen die Rede. Viele Milliarden Euro an Investitionen und wiederkehrenden Personalkosten wären die Folge. Erst kürzlich errechnete die Bertelsmann-Stiftung für den Ausbau aller Schulen einen Finanzbedarf von bis zu 20 Milliarden Euro und einen Personalbedarf von bis zu 184.000 zusätzlichen Fachkräften. Dahinter steckt das Programm einer 40-Stunden-Woche für Schüler ab dem 6. Lebensjahr mit Rundum-Lehrprogramm auch in Pausen und Freizeit. Auch im Bericht „Bildung in Deutschland“ wird die verpflichtende Ganztagschule zur einzig angemessenen Form von Schule wie von Nachmittagsbetreuung bei Grundschulkindern stilisiert.

Ganztagschulen sind nicht besser

Doch trotz 15 Jahren Ganztagschulprogramm gibt es keine Nachweise erfolgreicherer Lernens an solchen Schulen. Das zeigen die bescheidenen Leistungen der Kinder in den Bundesländern mit dem höchsten Schüleranteil an verbindlichen Ganztagsgrundschulen. In Bremen, Berlin, Hamburg und Rheinland-Pfalz schnitten neben Nordrhein-Westfalen Viertklässler im Deutsch- und Mathematik-Leistungsvergleich des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen am schlechtesten ab. Dagegen hat Bayern, das nur sehr wenige Schüler im verpflichtenden Programm bindet, die leistungsstärksten Viertklässler. Ein Mehr an Schulunterricht ist



nicht entscheidend: Schüler stehen mit einer 40-Stunden-Lernwoche am Ende nicht besser da als Halbtagschüler.

Eltern wie Kinder wollen mehr Zeit miteinander verbringen, vor allem am Nachmittag

Was Familien hingegen wirklich brauchen, sind Schulen, die dem Lernbedarf der Kinder und dem Betreuungsbedarf der Eltern gerecht werden. Eltern wollen eine gut erreichbare, flexible und pädagogisch vernünftige Nachmittagsbetreuung ihrer Kinder, sofern sie diese aus beruflichen oder erzieherischen Gründen für notwendig erachten. Auch trifft es nicht zu, dass alle Eltern ganztags arbeiten wollen. Studien wie z.B. das Kinderbarometer weisen den Wunsch sowohl der Eltern wie der Kinder nach mehr gemeinsamer Zeit aus. Die Politik sollte diese Wünsche endlich ernst nehmen und flexible und zugleich verlässliche Angebote schaffen, die auf individuelle und wechselnde Bedürfnisse eingehen. Gefragt ist ein passgenauer Zuschnitt dieser Angebote, die bestehende Initiativen und Programme aufgreifen, ergänzen und bündeln, aber keinesfalls ersetzen sollen.

Die primäre Zuständigkeit der Kommune bzw. des Schulträgers muss erhalten bleiben; Bund und Länder sollten sich an den Investitions- und Betriebskosten mit Zuschüssen beteiligen. Analog zum Ausbau der U3-Betreuung kann so ein gesetzlich verankerter Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung für Grundschul Kinder in allen Ländern bis zum Ende

der Legislaturperiode verwirklicht werden, der auf Freiwilligkeit beruht, lokale Gegebenheiten berücksichtigt und auf bestehenden Angeboten aufbaut.

Vorbild „Pakt für den Nachmittag“

Das Land Hessen hat dafür ein vorbildliches Programm entwickelt: Der „Pakt für den Nachmittag“, seit 2013 in Umsetzung, sieht ein von Land, kommunalem Träger und Eltern gemeinsam getragenes Bildungs- und Betreuungsangebot vor, das die lokalen Bedarfe und Gegebenheiten sowie vielfältige Träger einbezieht. So entsteht schrittweise ein flexibles und verlässliches Angebot von 7 Uhr 30 bis

17 Uhr, auch in Ferienzeiten. Eltern beteiligen sich bei voller Ausschöpfung der Betreuungszeiten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an den Kosten, was nicht nur die Wertschätzung, sondern auch die Mitverantwortung der Eltern an den Betreuungsangeboten für ihre Kinder stärkt.

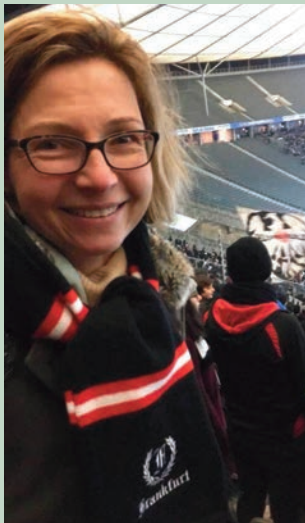
Familien in Deutschland brauchen jetzt einen entschlossenen Schritt, der die vielfältigen Modelle zu einem flächendeckenden Angebot ergänzt und ausbaut. Damit Familien tatsächlich die Wahl haben, wie sie ihr Leben mit Kindern auch im Grundschulalter tagtäglich gestalten.



Am 20.1. in den neuen Kreisvorstand gewählt: Markuss Frank, Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, Jan Schneider, Dr. Christoph Schmitt, Uwe Becker, Bettina M. Wiesmann



Party and Politics, 29.11.: Kreisvorsitzender Jan Schneider mit OB-Kandidatin Dr. Bernadette Weyland und der stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Julia Klöckner



Bettina M. Wiesmann und Polizeigewerkschafter Rainer Wendt auf der CDU-Podiumsdiskussion zur Sicherheit vor Gewalt am 20.12.2017.

Bettina M. Wiesmann freut sich über die starke Leistung der Eintracht: Die gewann beim Gastspiel in Berlin am 3.12. mit 2:1!



Ministerpräsident Volker Bouffier verlieh am 1.12.2017 seinem Vorgänger Roland Koch die Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen. Mit dabei Salomon Korn, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, der wie Bundesministerin Dr. Brigitte Zypries ebenfalls die Medaille erhielt.



Termine Bettina M. Wiesmann MdB (Auswahl)

- 6. Februar Kaminlounge mit Studenten der Frankfurt School of Finance and Management
- 7. Februar Akademische Feier zur Verabschiedung von Thomas Mausbach, Schulleiter Gagern-Gymnasium
- 16. Februar Canvassing mit Dr. Bernadette Weyland auf dem Friedberger Markt
- 16. Februar Heringsessen bei der CDU Bergen-Enkheim
- 19.–23. Februar Sitzungswoche im Deutschen Bundestag
- 23. Februar Neujahrsempfang Ortsbeirat 12
- 26. Febr. – 2. März Sitzungswoche im Deutschen Bundestag
- 2. März Neujahrsempfang Ortsbeirat 5
- 3. März Landesvorstandssitzung Frauen Union

Termine #OBernadette (Auswahl)

- 6. Februar Podiumsdiskussion der FAZ
- 8. Februar Podiumsdiskussion der Frankfurter Rundschau
- 15. Februar Podiumsdiskussion bei der Frankfurter Neuen Presse
- 16. Februar Canvassing mit Bettina Wiesmann MdB auf dem Friedberger Markt
- 21. Februar Wahlkampfendspurt mit Ministerpräsident Volker Bouffier im Historischen Museum

 **Tägliche Verteilaktionen, Infostände etc. siehe www.bernadette-weyland.de**

- 25. Februar Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt**
- 11. März vorauss. Stichwahl**